



Erklärung zur Verabschiedung des Haushalts der Stadt Ansbach 2013

Ansbach, 10. Dezember 2012

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Offene Linke hat traditionell das letzte Wort im Sitzungsjahr des Stadtrats in dieser Legislatur. Daher möchte ich gleich eingangs die Gelegenheit nutzen, mich bei Ihnen allen für die überwiegend konstruktive Zusammenarbeit im ausgehenden Jahr zu bedanken. Die Haushaltsberatungen seien "harmonisch" verlaufen, hieß es von verschiedenen Seiten nach der Sitzung am 15. November. Wenn dieses Adjektiv in allzu großer Häufigkeit gebraucht wird, verschwimmt "harmonisch" jedoch hin und wieder mit "unambitioniert". Und tatsächlich konnte man zeitweise das Gefühl nicht loswerden, dass sich Teile des Stadtrats als reines Verwaltungsgremium definieren und die Gestaltungsmöglichkeiten, die die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ihnen temporär übertragen haben, leider manchmal hintanstellen.

Wer geglaubt hatte, dass in Zeiten von Rekord-Steuereinnahmen und Rekord-Verkaufserlösen bei Gewerbeflächen der Stadtrat antizyklisch handelt und strukturelle Probleme auf der Einnahmeseite zu lösen versucht, sah sich den beiden größten Fraktionen gegenüber, wobei die Eine vor lauter Rezatparkplätzen Gesamtzusammenhänge zu verlieren droht und die Andere fast ausschließlich Kürzungsanträge stellt. Um es mit Theodor Fontane zu sagen: "Wer immer sparen will, der ist verloren, auch moralisch." Gestaltungswille sieht wahrlich anders aus.

Man darf gespannt sein, was die Bevölkerung wieder in Hochglanzbroschüren zu lesen bekommt, was man angeblich alles für sie erreicht habe. "Kostenfreier Kindergarten" wird wohl eines der schimärenhaften Errungenschaften sein, mit der so mancher prahlen wird, obwohl er ebendies abgelehnt und lediglich Gelder des Freistaats eingestellt hat, die nicht einmal für eine Kernbetreuung von drei Stunden ausreichen. Daher muss den Menschen gesagt werden, dass die Mär von der Kostenfreiheit der Bildung in Wahrheit eine Mogelpackung darstellt und es an der SPD gescheitert ist, dass Ansbach in Zeiten galoppierendem demografischen Wandels es erneut versäumt, mit Eigenmitteln wichtige Akzente für die Attraktivität Ansbachs für Familien mit Kindern zu setzen. Denn schon der Autor des Europäischen Einigungsvertrags von Rom, Paul-Henri Spaak, wusste, dass es "für verlorene Gelegenheiten in der Politik kein Fundbüro gibt".

Auch bei weiteren Anträgen für die Stärkung eines sozialen Ansbachs, das etwa auf kommunaler Ebene versucht, Kinderarmut zu bekämpfen, scheuen ausgerechnet Sozialdemokraten die Zustimmung wie der Teufel das Weihwasser. Und so werden auch 2012 wieder viele der über 700 Kinder im Hartz-IV-Bezug in unserer Stadt ein Weihnachten ohne Christbaum verbringen müssen. Es macht betroffen, dass der Stadtrat mehrheitlich nicht in der Lage ist, Konsequenzen aus den desaströsen Ergebnissen des Ansbacher Armutsberichts zu ziehen.

Nicht nur in diesem Fall hat sich die rechnerische Mitte-Links-Mehrheit in diesem Haus gegenseitig blockiert: Während die SPD das S viel zu oft an der Stadthautüre abgibt, gerieren sich die Umweltfreunde der BAP just an deren 35. Geburtstag als Straßenbauweltmeister Hand in Hand mit der CSU. Nachdem man schon den Monster-Knoten am Umlas in großer Einmütigkeit durchgedrückt hat, weigerte sich Schwarz-Hellgrün nun, die Sinnhaftigkeit zahlreicher Maßnahmen im Vermögenshaushalt zu hinterfragen. Als Beispiel sei an dieser Stelle das kleine Kurzendorf angeführt, das neben einer Dorfautobahn für 1,2 Millionen Euro, die die Bevölkerung eher ablehnt, auch noch eine Umgehungsstraße bekommen soll. Doppelt hält wohl besser, wenn es um Beton geht.

Allerdings sind im Haushalt 2013 auch eine Reihe positiver Entwicklungen festzustellen, die auf Initiativen der Offenen Linken zurückzuführen sind. Die Mittel für den Radwegeunterhalt sind um ein Fünffaches höher als 2012 eingeplant; jetzt gilt es, den Radverkehrsplan umso zügiger umzusetzen. Das Paket an Toilettensanierungen umfasst endlich auch den städtischen Kindergarten. Ansbach erhält einen zeitgemäßen Internetauftritt, der viele Möglichkeiten für virtuellen Bürgerservice, Stadtmarketing und Ratskommunikation eröffnet. Auch die energetischen Maßnahmen an den Verwaltungsgebäuden werden forciert.

Die von der Offenen Linken angestoßene Erstwohnsitzkampagne wird fortgeführt. Dies darf jedoch nur ein Mosaikstein sein um die Studierenden besser in Ansbach einzubinden. Es ist zu begrüßen, dass die Wirtschaftsförderung das Potenzial der Hochschule für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt erkennt und versucht, für Absolventen Perspektiven an der Rezat aufzuzeigen, wie es derzeit im Bereich Kultur- und Kreativwirtschaft geschieht. Ansbach hinkt im Vergleich mit anderen Städten mit Blick auf Anreizsysteme im Wettbewerb um junge Kreative noch hinterher. Die eingeleiteten Maßnahmen können daher nur der Anfang sein, denn Hochqualifizierte sind die knappste Ressource in der Wissensgesellschaft.

Von grundlegender Bedeutung ist in meinen Augen, dass es Verwaltung und Ratsmehrheit nun auch ernst zu meinen scheinen mit der alten Forderung der Offenen Linken nach Transparenz und Bürgerbeteiligung. Lassen Sie uns im kommenden Jahr die Möglichkeiten nutzen, um die Geheimratsstrukturen in Ansbach zu durchbrechen, sei es bei der AVVH oder im Klinikum.

Zu welcher gravierenden Fehlentscheidungen die Hinterzimmergremien geführt haben, lässt sich an der Preisexplosion im ÖPNV gut ablesen. Aus angeblicher "Alternativlosigkeit" wurde ein Tarifsprung beschlossen, der so unnötig wie kontraproduktiv war. Dass auch die Grünen dem zustimmten, wie der FLZ zu entnehmen war, ist umso bedauerlicher. Jetzt haben wir eine Situation im Nahverkehr, die es bei Beibehaltung dieser Tarifstrukturen unmöglich macht, die sozialen und ökologischen Ziele unserer Stadt nur im Ansatz zu erreichen. Auch betriebswirtschaftlich war und ist diese Entwicklung nicht zu rechtfertigen, denn sie blendet jegliche Nachfrageorientierung aus.

Zum 01.01.2013 sehen sich die Bürgerinnen und Bürger der dritten deutlichen Preissteigerung im ÖPNV innerhalb von vier Jahren; im Aquella der zweiten innerhalb von drei Jahren gegenüber. Damit höhlen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, den Anspruch der Menschen in unserer Stadt auf gesellschaftliche Teilhabe und Daseinsfürsorge weiter aus. Sie halten de fakto Teile der Bevölkerung von Mobilität und Freizeitgestaltung fern. Gleichzeitig verringern Sie mit diesen Maßnahmen aufgrund sinkender Nutzerzahlen nicht den Zuschussbedarf. Ich appelliere an Sie zur Umkehr von diesem Irrweg, über den die AnsbacherInnen sowohl aus sozialem als auch aus ökonomischem Blickwinkel nur noch den Kopf schütteln können. Haben Sie den Mut, Fehlentscheidungen zu korrigieren. Denn bekanntlich fällt in einem wankenden Schiff derjenige um, der stillsteht und sich nicht bewegt.

Viele von Ihnen äußern inzwischen Bedenken oder Bedauern über diese Entwicklung. Es gibt innerhalb der Strukturen Möglichkeiten, um die offensichtlichen Missstände zu beheben. Zum einen ist ein Kompromiss in Form von Zwischentarifstufen im VGN durchaus möglich. Zum anderen ist ein Sozialticket, das der Stadtrat auf Antrag der Offenen Linken inzwischen grundsätzlich anstrebt, ebenfalls einführbar. Und zwar ohne Ausgleichszahlungen, wie bislang behauptet. Die Stadt Fürth hat das Konzept hierfür vergangene Woche beschlossen und 200.000 Euro im Haushalt eingestellt. Mit einer an der Bevölkerungszahl orientierten Summe von rund 70.000 Euro können auch wir in Ansbach diesen überfälligen Schritt gehen.

Nicht nur hier mischen sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv ein. 2012 brachte viele Beispiele zivilgesellschaftlichen Engagements in Ansbach hervor. Das ist gut so. Auch mit Blick auf die Posse um den Aufzug in diesem Gebäude. Die Tatsache, dass ausgerechnet der Autor des diesbzgl. Haushaltsantrags in seiner Rolle als Vertreter der Oberbürgermeisterin die Planung auf Druck der Bevölkerung einstellen lassen musste, hat das Zeug, als doppeldeutiger Treppenwitz in die Lokalhistorie einzugehen. Jetzt muss die Stadtspitze im Vorfeld der Planungen für das Rathausareal konsequenterweiser einen breiten Bürgerbeteiligungsprozess in die Wege leiten.

Der Ostermarsch oder die Kundgebung "Gib Nazis keine Chance" machten deutlich, dass die Menschen in unserer Stadt Gesicht zeigen. Der Boykott des Zusammenstehens für die Verteidigung demokratischer Werte seitens des schwarzen Blocks dieses Hauses war allerdings beschämend. An dieser Stelle möchte ich den OrganisatorInnen von der Lokalen Allianz gegen Rechts und dem Antifaschistischen Koordinierungskreis meinen Dank aussprechen.

Anerkennung will ich erneut den ObereichenbacherInnen zollen, die sich im Kontext einer katastrophalen bayerischen Asylpolitik mit großem Engagement für die in ihrem Ort untergebrachten Flüchtlinge einbringen. Dennoch stößt das Ehrenamt nicht nur hier an seine Grenzen. Die Auslagerung staatlicher und städtischer Aufgaben auf Freiwillige ohne Gegenleistung kann auch in Ansbach nur bedingt weiterhin ausgeweitet werden. Hier bedarf es neuer Strategien.

Dies gilt auch für Aufgaben weiterer Träger, wie der Diakonie in Bezug auf die Vorkommnisse in der Wärmestube. Grundsätzlich muss sich die Stadt nicht nur bei diesem Sachverhalt fragen, ob das Prinzip einer Finanzierung kirchlicher Träger ohne Möglichkeit der Einflussnahme im Sinne der BürgerInnen so weitergehen kann. Die Chance, einen kirchlichen Kindergarten in die Obhut der Stadt zu überführen, wurde in der Steingruberstraße verpasst, obwohl sich eine zunehmende Zahl von Eltern eine konfessionsfreie frühkindliche Bildung wünscht. Es muss in den kommenden Jahren deutlicher werden, dass die Finanzierung des Missionsgedankens von Glaubensgemeinschaften nicht Aufgabe der Stadt ist.

Neue Strategien bedarf es auch im Bereich Jugendhilfe. Ich hoffe, das zarte Pflänzchen der Prävention kann durch die neu geschaffenen Stellen gestärkt werden. Erkennbare Defizite, etwa in der Personalausstattung des Streetworks, werden bislang jedoch nicht angepackt. So muss man kein Hellseher sein, dass die Ausgaben bei der Heimerziehung zumindest im kommenden Jahr erneut nur überplanmäßig gedeckt werden können.

Für junge Menschen in unserer Stadt fehlt es nach wie vor an Freiräumen und nicht-kommerziellen Treffpunkten. Wir sind in der Pflicht, Anstöße unserer Jugendlichen in diese Richtung nach Kräften zu unterstützen. Denn wenn der Stadtrat keinen einzigen Beschluss des Jugendrats umsetzt, darf er sich nicht wundern, wenn niemand mehr bereit ist, für dieses Gremium zu kandidieren. In einer Stadt, in der aus Furcht vor Vandalismus keine öffentlichen Grillplätze errichtet werden können, darf man sich im Übrigen auch nicht wundern, wenn aus gleichem kulturpessimistischen Grund heraus die grüne Lunge Ansbachs, der Hofgarten, dicht gemacht werden soll.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die größte Herausforderung der kommenden Jahre wird -neben der Sicherstellung sozialer Gerechtigkeit- die Energiewende sein. Insbesondere die Kommunen werden in Hinsicht auf dezentrale Lösungen in die Pflicht genommen werden. Über Jahre hinweg haben Stadtrat und Stadtwerke intensiv daran gearbeitet, geeignete Flächen für das Entstehen von Windkraft auszuweisen. Sogar die CSU hatte nach Fukushima ihren Widerstand aufgegeben. Wenn diese Arbeit jetzt ausgerechnet von den US-Kampfhubschraubern torpediert wird, dann muss auch der radikalste Stationierungsbefürworter zumindest im stillen Kämmerlein erkennen, dass die Militärbasis vor unserer Haustüre ein bleierner Hemmschuh für die Zukunft Ansbachs ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mein abschließender Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Ich wünsche Ihnen allen auch im kommenden Jahr viel Energie für Ihre wichtige Arbeit als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Den Betroffenen wünsche ich zudem guten Erfolg beim Überstundenabbau. Allen voran danke ich Herrn Stadtkämmerer Schwarzbeck. Möge er auch im kommenden Jahr von allzu tiefen Haushaltslöchern verschont bleiben.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
gerade mit Blick auf die derzeitige politische Situation in Ansbach gilt der Grundsatz, dass Fortschritt weniger mit der Geschwindigkeit als viel mehr mit der Richtung zu tun hat. In Abwägung aller haushaltsrelevanten Entscheidungen und in begründeter Hoffnung auf mehr Gestaltungswillen des Stadtrats in die richtige Richtung stimme ich der Satzung für 2013 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

gez. Boris-André Meyer
Stadtrat